

Wir brauchen neue Ideen zur Staureduzierung statt Groscheks „Weiter so“-Politik

Autobahnbaustellen bedeuten immer einen Eingriff in den Verkehr, was unweigerlich zu Staus und Reisezeitverzögerungen führt. Um diese Störungen so gering wie möglich zu halten, müssen Planung, Organisation und Betrieb von Baustellen stimmen. Dafür fehlen aber in Nordrhein-Westfalen wesentliche Voraussetzungen.

Nacht- und Wochenendarbeit trägt zur schnelleren Bauzeit bei und reduziert Staus erheblich. Was aber – wie bei der Bahn – Standard sein sollte, ist in Nordrhein-Westfalen die Ausnahme. Grund: Die geltenden Tarifverträge machen Nacht- und Wochenendarbeit bei den Mitarbeitern des Landesbetriebs Straßen.NRW gar nicht möglich – trotz Bereitschaft von weiten Teilen der Belegschaft. Hier sind alternative Arbeitszeitmodelle gefragt. Leider fehlt Minister Groschek der Mut, dieses Thema beim Landesbetrieb anzugehen.

Während beispielsweise in Hessen baustellenbedingte Staustunden durch ein professionelles Baustellenmanagement auf Autobahnen in den letzten zehn Jahren kontinuierlich reduziert werden konnten, haben wir in Nordrhein-Westfalen eine steigende Tendenz. Dieser Entwicklung steht Verkehrsminister Groschek tatenlos gegenüber. Bis heute hat sein Haus keine innovativen Ideen zum Baustellenmanagement vorgelegt, geschweige denn umgesetzt. Sein im Frühjahr 2015 vorgelegtes ‚Konzept zur Strukturreform des Landesbetriebs Straßen.NRW‘ trägt zu einer weiteren Verschlechterung der Betriebsstrukturen bei. Hier muss der Minister dringend nacharbeiten. Die Zeit drängt, denn die Staus werden täglich länger.

CDU-Fraktion hinterfragt Justizminister Kutschtays Rolle im „Kasachstan-Komplott“

Unter der Überschrift „Besondere Verdienste“ berichtete DER SPIEGEL in seiner aktuellen Ausgabe, dass der kasachische Präsident Nursultan Nasarbajew über Mittelsmänner versucht haben soll, Ermittlungen gegen seinen politischen Konkurrenten Rachat Alijew zu intensivieren. Nachdem bei der Staatsanwaltschaft Krefeld Ermittlungen wegen

Pressestelle

| | | | | |
|---------------------|------------------------|----------------------|--------------------------|--|
| Axel Bäumer | - Pressesprecher | Tel: (0211) 884-2213 | Mobil (0151) 1 884 10 71 | cdu-pressestelle@cdu-nrw-fraktion.de |
| Nils Sönksen | - Pressereferent | Tel: (0211) 884-2355 | Mobil (0151) 1 884 10 90 | axel.baeumer@cdu-nrw-fraktion.de |
| Teresa Leson | - Sekretariat/Internet | Tel: (0211) 884-2018 | Mobil (0151) 1 884 10 83 | nils.soenksen@cdu-nrw-fraktion.de |
| | | Tel: (0211) 884-2213 | | teresa.leson@cdu-nrw-fraktion.de |

Geldwäsche gegen Alijew eingeleitet wurden, sollen die Mittelsmänner auch Kontakte zur nordrhein-westfälischen Justiz aufgenommen haben. In diesem Zusammenhang sei auch der ehemalige Bundesinnenminister Otto Schily im Auftrag des kasachischen Präsidenten angeworben worden, um auf politischer Ebene Druck auf die Ermittler auszuüben.

Schily habe sich im November 2012 in Berlin mit dem nordrhein-westfälischen Justizminister Thomas Kutschaty getroffen und ihn auf den Fall Alijew angesprochen. Seine Auftraggeber habe Schily laut SPIEGEL anschließend per E-Mail über ein „angenehmes Gespräch“ mit Herrn Kutschaty informiert und angekündigt, ihnen weitere Einzelheiten seiner Unterredung mit dem Minister „lieber per Post“ mitzuteilen. Vier Monate später habe sich Schily dann schriftlich bei Kutschaty über einen „Stillstand der Ermittlungen“ im Fall Alijew beschwert. Minister Kutschaty habe die Arbeit der Staatsanwaltschaft Krefeld im Fall Alijew daraufhin überprüfen lassen – allerdings ohne Beanstandung.

Da der Vorgang insgesamt dubios erscheint, hat die CDU-Landtagsfraktion in dieser Woche eine Kleine Anfrage an die Landesregierung gerichtet und um weitere Aufklärung des Sachverhalts gebeten. Allein der Verdacht, dass die nordrhein-westfälische Justiz für die Zwecke eines ausländischen Diktators instrumentalisiert worden sein könnte, muss dringend ausgeräumt werden.

Novellierung der Landesbauordnung verkommt zum absurden Theater

Das Stück „Warten auf Godot“ ist der Prototyp der Gattung absurdes Theater. Die Menschen warten, aber es passiert nichts außer Ankündigungen. Genauso verhält es sich mit der Novellierung der Landesbauordnung. Das Warten ist bis heute vergeblich. Seit 2013 kündigt die rot-grüne Landesregierung in regelmäßigen Abständen an, etwas vorzulegen. Noch im Januar 2015 stellte Bauminister Groschek den Landtagsfraktionen einen ersten Entwurf für März in Aussicht, dann hieß es Mai.

In der letzten Sitzung des Bauausschusses wurde verkündet, dass die Landesregierung knapp eine Woche später einen ersten Entwurf beschließen wolle, der dann in die Verbändeanhörung gehen solle. Eine erste Kabinettsvorlage wurde jedoch erst für Ende 2015 in Aussicht gestellt. Das heißt im Klartext: auch in diesem Jahr wird es wieder nichts mit der Novelle. Auf Nachfrage ließ das Bauministerium verlauten, es gebe Zielkonflikte verschiedener Ministerien.

Die Landesregierung versagt auch hier dabei, die Weichen für Wirtschaftswachstum zu stellen. Die aktuellen Herausforderungen sind mit dem alten Baurecht nicht zu meistern. Längst hätte Ministerpräsidentin Kraft den Konflikten ihrer Minister ein Ende bereiten und den Weg für die Novelle frei machen müssen. Offensichtlich war sie dazu nicht in der Lage und hat das absurde Theater um die Novellierung aus der Ferne angesehen. Die Zeit

drängt. Jede weitere Verzögerung schadet den Menschen, die barrierefreien Wohnraum brauchen und sie schadet der Bauwirtschaft.

Anhebung von Grubenwasser: Skandalöse Verschleppungstaktik der Landesregierung

Die RAG plant Grubenwasser in den Stollen des Steinkohlebergbaus durch Abstellen der Pumpen ansteigen zu lassen. Dadurch besteht unter anderem die Gefahr, dass giftige Stoffe ausgespült werden und Grund- und Oberflächengewässer verschmutzen. Der zuständige Umweltausschuss fordert schon seit 2013 ein Gutachten zur Prüfung möglicher Umweltauswirkungen. Die Erstellung eines solchen Gutachtens war bereits am 18.09.2013 vom Umweltministerium zugesagt worden. Doch bislang scheint das Gutachten noch nicht einmal beauftragt worden zu sein. Stattdessen genehmigt die zuständige Landesbehörde bereits jetzt, den Wasserspiegel in der stillgelegten Zeche Walsum am Niederrhein steigen zu lassen. Diese Verschleppungstaktik der Landesregierung nimmt skandalöse Züge an. Anstatt Gefahren für Menschen und Umwelt abzuwenden, wird das Ruhrgebiet als großes Experimentierfeld missbraucht.

Um Entscheidungen im Sinne unseres Landes zu treffen, brauchen wir eine klare Bewertung der Risiken. Der Umweltminister muss endlich handeln und darf sich nicht länger verstecken. Daher haben wir eine Kleine Anfrage an die Landesregierung gerichtet und aufgefordert ihr weiteres Vorgehen zu erklären.

Flüchtlingsgipfel: Gute Ergebnisse in Berlin – Land muss Umsetzung sicherstellen

Wir begrüßen, dass sich Bund und Länder auf grundlegende Ziele und Maßnahmen zur Verbesserung der Lage bei der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen geeinigt haben. Mit der finanziellen Entlastung der Kommunen, schnelleren Asylverfahren und einer besseren Integration von Bleibeberechtigten haben Bund und Länder wichtige Antworten auf die Herausforderungen der steigenden Flüchtlingszahlen gegeben.

Es ist wichtig, dass neben der Aufstockung der finanziellen Hilfen des Bundes auf insgesamt eine Milliarde Euro sowie der strukturellen, dauerhaften und dynamischen Beteiligung des Bundes an den Flüchtlingskosten ab dem kommenden Jahr, auch die Neustrukturierung der Asylbewerber- und Flüchtlingsaufnahme angegangen werden soll. Auch die Verbesserungen bei der frühen Integration von Asylbewerbern mit Bleibeperspektive ist ein wichtiger Schritt zu einer wirklichen Willkommenskultur. Asylverfahren aus Herkunftsländern mit niedriger Schutzquote sollen gleichzeitig gebündelt von zentralen Stellen vorgenommen werden. Dadurch kann ein effektiver Gesamtprozess gewährleistet werden.

Trotz der erheblichen Beteiligung des Bundes an den Flüchtlingskosten darf sich die Landesregierung nicht zurücklehnen. Sie muss zeitnah die Kommunen entlasten und im eigenen Land die Hausaufgaben machen. Aktuell leistet die rot-grüne Landesregierung nur eine Pauschalerstattung an die Kommunen von gerade einmal „realen“ 3.700 Euro für die rund 58.000 zu versorgenden Flüchtlinge. Das ist zu wenig. Außerdem müssen die Kapazitäten in den Landeseinrichtungen auf mindestens 20.000 Plätze erweitert werden. Rot-Grün muss jetzt dringend die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Zusagen des Bund-Länder-Gipfels umgesetzt werden können.

Hatte der NRW-Verfassungsschutz nähere Kontakte zum Umfeld des Nationalsozialistischen Untergrunds?

In dieser Woche haben verschiedene Medien berichtet, dass ein ehemaliger Geheimdienst-Informant in die Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) verwickelt sein könnte. Der beschriebene Vorgang legt nahe, dass der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen offenbar deutlich engeren Kontakt zum Umfeld des NSU hatte, als bislang vermutet. Daraus ergeben sich für die CDU-Landtagsfraktion eine Reihe von Fragen: Weshalb ist dem Hinweis der ehemaligen Verfassungsschutzpräsidentin Mathilde Koller auf eine mögliche Verbindung des Kölner Neonazis Johann Helfer zu dem NSU-Attentat in der Probsteigasse nicht intensiver nachgegangen worden? Steht Frau Kollers vorzeitiger Rückzug von der Spitze des NRW-Verfassungsschutzes im Juni 2012 in einem Zusammenhang mit der Enttarnung von Helfer als Informant des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes? Hat der nordrhein-westfälische Innenminister Jäger nach dem Bekanntwerden des NSU alles getan, um die in Nordrhein-Westfalen begangenen Taten lückenlos aufzuklären? Auf diese Fragen erwarten wir Antworten der Landesregierung.

Rot-Grün darf beim Thema Hilfsfonds nicht länger auf Zeit spielen – CDU legt Haushaltsantrag vor

Die CDU-Fraktion hat sich von Anfang an für die Einrichtung eines Hilfsfonds‘ eingesetzt. Daraufhin haben sowohl Minister Schneider als auch Minister Kutschaty im Ausschuss beziehungsweise im Plenum erklärt, die Landesregierung sei unserer Forderung längst nachgekommen und habe die Mittel für den Fonds im 2. Nachtragshaushalt 2015 bereits etatisiert.

Da dieser angebliche Titel im Nachtragshaushalt 2015 nicht gefunden werden konnte, hat die CDU-Landtagsfraktion bei der Landesregierung erneut nachgehakt. Daraufhin musste Minister Schneider nun eingestehen, dass dem doch nicht so ist. Vielmehr spielt die Landesregierung erneut auf Zeit und verschiebt das Thema Opferentschädigung in den

Haushalt 2016 – und das lediglich als Strichansatz, also ohne Etatisierung eines konkreten Betrags.

Diese taktischen Spielchen lassen wir Rot-Grün nicht länger durchgehen, schon gar nicht bei einem derart hochsensiblen Thema. Die CDU-Fraktion hat daher in der vergangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses den Antrag gestellt, den Anteil des Landes am Hilfsfonds von fünf Millionen Euro in den Haushalt einzustellen. Damit setzen wir den fraktionsübergreifenden Antrag zur Einrichtung eines Hilfsfonds für Opfer von Unrecht und Misshandlungen in Einrichtungen der Behindertenhilfe und Psychiatrie in den Jahren 1949 – 1990 (Drs. 16/8636) vom 12. Mai 2015 endlich um. Damit könnte Nordrhein-Westfalen ein wichtiges Signal an die Betroffenen senden.

Besuch des 80. Fürsorgetags in Leipzig

An einer gemeinsamen Fahrt des Ausschusses Arbeit, Gesundheit und Soziales nach Leipzig nahmen von Seiten der CDU die Abgeordneten Peter Preuß, Oskar Burkert und Walter Kern teil. Neben den diversen Seminaren und Fachvorträgen, imponierten die Reden von Bundespräsident Joachim Gauck und Bundeskanzlerin Angela Merkel, die die sozialen Aspekte und die moderne Fürsorge in den Mittelpunkt stellten.

Die Bundeskanzlerin bezeichnete in ihrer Grundsatzrede die Digitalisierung, die Folgen des demografischen Wandels sowie die verstärkte Zuwanderung als zentrale Einflussfaktoren des deutschen Fürsorgesystems. Bei allen Überlegungen dürfe „der Mensch nicht zu kurz kommen.“ Der Bundespräsident betonte in seiner Rede die Bedeutung des Engagements der vielen Beschäftigten und Freiwilligen in der Sozialbranche.

Die Ausschussmitglieder trafen am Rande der Veranstaltung viele Gesprächspartner und konnten wichtige Informationen und Erkenntnisse für die weitere politische Arbeit mit nach Düsseldorf nehmen.

Ghana: Wunsch nach mehr Zusammenarbeit Rechnung tragen

Das Gespräch mit den Sachverständigen hat gezeigt: Nordrhein-Westfalen hat als deutsches Gesundheitsland Nummer 1 große Potenziale für die Zusammenarbeit im Gesundheitssektor mit dem Partnerland Ghana hat. Insbesondere im Bereich der Hochschulen und der Ausbildung von Gesundheits-Fachkräften kann Nordrhein-Westfalen dem Wunsch des ghanaischen Präsidenten nach mehr Zusammenarbeit Rechnung tragen.

Es wird Zeit, dass die Landesregierung auf diesen Wunsch unserer ghanaischen Partner eingeht. Hier voranzugehen wäre ein konstruktiver Beitrag für die Gespräche über ein neues Partnerschaftsabkommen, das längst überfällig ist.

Landtag setzt Zeichen gegen Feinde der Demokratie

Unbekannte haben in dieser Woche das Dortmunder Wahlkreisbüro der Piraten-Abgeordneten Rydlewski, Rohwedder und Sommer beschossen. Zwei Schaufensterscheiben wiesen Einschusslöcher auf und der Staatsschutz ermittelt. Mit einer gemeinsamen Pressemitteilung aller Fraktionen im Landtag von Nordrhein-Westfalen haben die Parlamentarier ein Zeichen gegen die Feinde der Demokratie gesetzt:

Nadja Lüders, SPD: „Auf diesen feigen Anschlag kann es nur eine Antwort geben: Alle demokratischen Parteien müssen gemeinsam die Gefahr durch die Rechtsextremisten bekämpfen. Die SPD steht in dieser Angelegenheit an der Seite der Piraten-Abgeordneten und ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.“

Theo Kruse, CDU: „Der Anschlag auf das Dortmunder Piratenbüro ist auch ein Anschlag auf die Demokratie als solche. Die Meinungsfreiheit wurde in Deutschland hart erkämpft und darf nicht von rechten Chaoten mit Füßen getreten werden. Wir dürfen uns nicht einschüchtern lassen und setzen als Parlament ein Zeichen gegen alle Feinde unserer demokratischen Grundordnung.“

Verena Schäffer, Grüne: „Seit Jahren werden in Dortmund immer wieder Menschen mit Migrationsgeschichte und Personen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren, bedroht und angegriffen. Allein im letzten Jahr wurden 42 Körperverletzungsdelikte mit rechtsextremem Hintergrund in Dortmund gezählt. Jeder rechtsextreme Angriff muss als Angriff auf unsere vielfältige und demokratische Gesellschaft verstanden werden. Es ist wichtig, dass sich Demokratinnen und Demokraten nicht auseinanderdividieren lassen und an der Seite der Betroffenen rechter Angriffe stehen.“

Dirk Wedel, FDP: „Wir lehnen Extremismus jeglicher Gesinnung aufs Schärfste ab. Als demokratische Parteien müssen wir gemeinsam mit aller Entschlossenheit gegen Extremismus und Gewalt vorgehen. Alle Mittel unseres Rechtsstaats müssen konsequent ausgeschöpft werden. Wir kämpfen mit Nachdruck dafür, dass Nordrhein-Westfalen ein weltoffenes und tolerantes Land bleibt.“

Torsten Sommer, Piraten: „Im Namen der gesamten Piratenfraktion bedanke ich mich für diese Solidarität - sie bedeutet uns sehr viel. Es stärkt uns bei unseren antifaschistischen Aktivitäten im Land NRW und speziell in Dortmund. Wir lehnen Gewalt und Extremismus entschieden ab und stehen gemeinsam für Vielfalt, Weltoffenheit, Toleranz und Frieden.“